

Die Halle monatlich zwei Mal, am 7. und 14. des Monats. 7. — 11. des Monats. 7. — 11. des Monats. 7. — 11. des Monats.

Zaaleitung

Die 8 spalten 34 mm breite Millimeterzeile über deren Raum 70 Pf. Familien- u. kleine Anzeigen pro Seite 10.

Eine falsche Rechnung.

Das obereschlesische „Wirtschaftsregime“.

Ein deutscher Industrieller, der die Wirtschaftsverhältnisse Polens aus alter und neuer Erfahrung kennt, übergibt uns folgende Mitteilungen zur Veranschaulichung:

Das amtliche polnische Telegraphenbureau ließ der französischen Presse eine Depesche zu gehen, worin treuherzig versichert wird, die polnische Regierung habe „im vollen Vertrauen auf den Völkerbund und die verbündeten Regierungen“ keinerlei direkte Verhandlungen mit Deutschland geführt.

Ganz richtig! Man kann aber den Herren in Warschau heute versichern, daß sich deutsche Wirtschaftskreise auf absehbare Zeit hinaus auf keine Verhandlungen einlassen werden, so sehr auch der neue polnische Vorkämpfer in Berlin, Herr v. Madsen darauf zu warten scheint.

Sowohl in Polen als auch in Frankreich gibt man sich offenbar großen Irrtümern darüber hin, daß sich die deutsche Industrie- und Handelswelt, nur um bei laufender Kassa weiter gute Geschäfte zu machen, dem grünen Schein Spruch von Genf fügen und mit der unwichtigen Zeitung überschließen abfinden werde.

Sie schreibt z. B. das Pariser Journal „Le Matin“, es sei anzunehmen, daß die Zählung des obereschlesischen Industriegebietes eine ganze Reihe von Fragen zur Erörterung stellen werde, die nur durch gemeinsames Einvernehmen zwischen Polen und Deutschland gelöst werden können.

Der Völkerbund habe vorausgesehen, daß sich ein direktes Einvernehmen zwischen Deutschland und Polen schwer herstellen lasse, und deshalb habe er seinen Vorschlag „in der vorliegenden Form gefaßt“, soll heißen den beiden Staaten das gemeinsame Wirtschaftsregime aufgeschloß.

Der gleiche französische Blattverleger, der diesen Vorschlag ausführt, sieht aber voraus, daß das gemeinsame Wirtschaftsregime im obereschlesischen Industriegebiet auf einen in der Geschichte noch nie dagewesenen raschen Wiederschluß des ganzen deutschen Polens führen wird, und deshalb setzt er in folgender Weise das Wort: „Sollen sich weder Deutschland noch Polen diesem Vorschlage (des Genfer Urteils) fügen, so könnten ja andere Vorschläge gemacht werden, um die Einheit des obereschlesischen Wirtschaftslebens aufrechtzuerhalten.“

Wir anderen Worten — und diesen Gedanken spricht z. B. auch der Matin aus: Zuerst und auf jeden Fall soll Obereschlesien nach dem salomonischen Spruch von Genf zerstückelt werden. Die Völker der Städte werden sich dann schon wirtschaftlich zu einigen suchen. Wiederspricht das von Völkerbund vorgezeichnete Wirtschaftsregime etwa nach englischen Empfinden dem Verfallener Verträge, nur gut, dann überläßt man es den Deutschen und den polnischen Kaufleuten, selbständig und ohne Zwang das zusammenzukleimen, was die Politiker zerstückelt haben. Aber so haben wir nicht gemettet!

Ob das Wirtschaftsregime kommt oder nicht, die deutsche Volkswirtschaft wird mit der polnischen nicht zusammenarbeiten. Denn es steht für jeden Kenner der polnischen Wirtschaft und des polnischen Charakters fest, daß Polen bankrott ist, und vorläufig keine Möglichkeit hat, wieder gesund zu werden. Jede geschäftliche Verbindung würde uns nur anfeinden und uns nur ruinieren. Die früher französischen Gebietsteile, erst die Korn- und Rübenammer Deutschlands befinden sich in einem beärgerten Niedergang, daß es nur eine Frage von verhältnismäßig kurzer Zeit sein kann, daß diese einst auf hoher Stufe stehenden Länder zu polnischen Latschdingarten hinabsinken. Erhalten die Polen jetzt obereschlesisches Land, so werden sie es genau so verwüsten, wie ihr eigenes und die bisher geräuberten deutschen Gebiete. Der Zusammenbruch der obereschlesischen Industrie, wenn sie polnisch wird, ist unermesslich, schon deshalb, weil Polen gar keine Techniker besitzt, um die Industrie im Gang halten zu können. Die deutschen Beamten würden aber bei dem janatschigen Saße der Polen gegen alles Deutsche teils freiwillig, teils gezwungen weggehen müssen.

Ein Rechtfertigungsversuch des Völkerbundes.

Das Londoner Bureau des Völkerbundes hat eine längere Erklärung über die Entscheidung des Völkerbundes in der obereschlesischen Frage veröffentlicht, die „Daily Chronicle“ unter der Überschrift: „Die Berechtigung des Völkerbundes in der obereschlesischen Frage“ bringt. Es heißt in dieser Erklärung des Völkerbundesbureaus, die Arbeit des Völker-

bundsausschusses habe zu dem deutlichen Schluß geführt, daß das obereschlesische Problem nicht nur durch Festlegung einer Linie gelöst werden könne, die ausschließlich auf Abstimmungs- und wirtschaftlichen Erwägungen oder auf irgend einen Ausschlag begründet sei. Sachverständige von Ruf und mit bedeutenden Kenntnissen, die aus den technischen Organisationen des Völkerbundes entnommen seien, ohne irgendwelche Parteiparthei, sei es von irgend einem nationalen Standpunkt oder von irgend einer bekannten Politik aus gesehen, seien angewiesen worden, die wirtschaftlichen Maßnahmen zu unterziehen, die notwendig sein würden, um eine Sicherung der bisherigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Obereschlesien zu verhüten.

Die Botschafterkonferenz als letzte Instanz.

Paris, 15. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Dem „Petit Parisien“ wird aus Genf gemeldet: Nach Annahme der Genfer Entscheidung hat das englische Kabinett gestern erneut den Vorschlag Briands über die Restituirung der Entscheidung an Deutschland und an Polen gewährt. Wie wir erfahren, hat die englische Regierung eingesehen, daß eine Einsetzung des Obersten Rates nicht nötig werde, und es ist wahrscheinlich, daß sie den französischen Vorschlag annimmt, die Angelegenheit dem Botschafterrat zu überlassen.

Die Botschafterkonferenz hat sich heute der Grenzziehung und der wirtschaftlichen Vereinbarungen, die zwischen Deutschland und Polen getroffen werden sollen, angeschlossen und wird am Montag die verschiedenen Einzelheiten zu ihrer Durchführung prüfen.

Neuerliche französische Beunruhigung.

Paris, 15. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) In der französischen Presse zeigt sich eine gewisse Unruhe. Sie wittert in der englischen Zustimmung eine bisher verwehrt gewesene Begünstigung Deutschlands. Vertingat hat im „Echo de Paris“ die Bestätigung ausgesprochen, daß Deutschland die Oberhoheit in Obereschlesien in Industriegebiete die die oberste Ebene bilden. Nach Pressemitteilungen besäße die Westfälische, das noch höherer Stufen benötigten. Balfour habe die Lösung in Genf als politisch möglich und wirtschaftlich gerecht bezeichnet. Wahrscheinlich werden von den polnischen Behörden Betriebe im Industriegebiet nach wie vor unter deutscher Kontrolle stehen.

Befriedigt und hoffnungsvoll.

Basel, 15. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Der Pariserer Kurier meldet: Der polnische Minister hat über die obereschlesische Entscheidung seine Befriedigung ausgesprochen und die Hoffnung ausgedrückt, daß zwischen Polen und Deutschland eine Einigung erfolgen werde.

Schweizer Kritik.

In einer Kritik gegen den von Völkerbundstalt vorgenommenen Schritt durch das wichtige Industriegebiet Obereschlesiens verweist die „Neue Zürcher Zeitung“ auf die bereits wieder auftauchenden verdächtigten Drohungen von polnischer Seite. Das Blatt erklärt, daß man nach den Erfahrungen, die man mit Vorkanfen gemacht hätte, solche Andeutungen nicht als leicht nehmen darf. Ferner vertritt die „Neue Zürcher Zeitung“ die Ansicht, daß die von Völkerbundstalt getroffene Lösung unbedingt die Ausführung des Londoner Minutaments erzwänge. Briand und Lloyd George hätten sich noch zu entscheiden, wie sie sich der neuen politischen Situation gegenüber verhalten sollen.

Warschau und die obereschlesische Entscheidung.

Die freudige Stimmung, die nach der Bekanntgabe der Entscheidung des Völkerbundesrat über die obereschlesische Frage in Warschau Kreisen vorhanden war, hält tatsächlich auch heute noch an. So teilt das nationalpolitische Heftblatt „Przeglad Wlasczynski“ mit, daß die obereschlesische Entscheidung soweit sie auf Grund der Industriestellen bis jetzt bekannt ist, im Sein und in der Deffinitivität Entschlußpunkt hervorgerufen habe. Eine Delegation des obereschlesischen polnischen Volkstages ist durch den Außenminister Kramon empfangen worden und der Senat hat Befehl gegeben, daß der Kommandant der Truppenbrigade einen Besuch gemacht. Inzwischen hat man aber die Freudenäußerungen aus politisch-taktischen Gründen aufgegeben, und die polnische Presse schließt jetzt auf Weisung der Regierung ganz andere Töne an. Die „Kocopolista“, die anfangs die obereschlesische Entscheidung begrüßt hatte, bezeichnet sie jetzt als polnische Niederlage, und fordert, daß das Los der bei Deutschland verbleibenden Polen geregelt werden müsse. Auch die „Gazeta Warszawska“ bringt in ihrem Blattartikel zum Ausdruck, daß die obereschlesische Entscheidung wieder mit den Grundfragen der Gerechtigkeit noch mit dem Friedensvertrag vereinbar sei. Trotz dieser scharfen Sprache ist aber kaum anzunehmen, daß die polnische Regierung ernstlich Einwendungen gegen die Entscheidung machen wird. Wenn auch jetzt die polnische öffentliche Mei-

nung die Siderungsbestimmungen für die Wirtschaft ablehnt, da sie Eingriffe in die polnische Souveränität bedeuteten, so ist man in Regierungskreisen doch über solche Bestimmungen keineswegs unangenehm berührt, da man sehr wohl weiß, daß Polen ohne eigene Hilfe nicht in der Lage wäre, die Fortführung des Wirtschaftslebens in dem polnisch-berührenden Teile Obereschlesiens zu sichern. Die „Gazeta Warszawska“ publiziert einen deutsch-polnischen Artikel, in dem es sagt, daß die obereschlesische Entscheidung den polnischen Anprüchen nicht genüge. Polen müsse früher oder später die Befestigung dieses Teils auf dem Wege einer blutigen, bewaffneten Auseinandersetzung suchen. Das Blatt führt weiter aus, daß die Entscheidung nicht heute oder morgen, aber in zehn oder zwanzig Jahren fallen werde, und dann nicht nur über Obereschlesien, Polen und Rumelien, sondern auch die Erhaltung eines selbständigen Polens. Das Blatt empfiehlt die ständige Orientierung der polnischen Außenpolitik, da der Westen eine stetige Bedrohung der Weltens bilden. Aus diesen Bewegungen fließt bereits die Befürchtung über das Schicksal der deutsch-polnischen Beziehungen. Diese Befürchtung ist auch überaus lebhaft in den Kreisen der Industrie und des Handels, sowie in den Warschauer Regierungskreisen, die realpolitisch orientiert sind. Angesichts der furchtbaren Finanzlage Polens verhofft man sich keineswegs die überaus ernste Gefahr, die dadurch eintritt, daß eine Verhandlung zwischen Polen und Deutschland infolge der Entscheidung über Obereschlesien unmöglich gemacht wird.

Panik in Obereschlesien?

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter erhalten wir folgende Schilderung aus Obereschlesien, die wie, zu eine Nachprüfung nicht möglich ist, mit allem Vorbehalt wiederzugeben:

Die Erregung der Bevölkerung über die letzten Meldungen aus Genf hat einen kaum noch zu leugnenden Grad erreicht. Die Klein- und mittelständigen Firmen bestimmen die Geschäftsleute und versuchen, das Gedräng geleistete Waren herauszuholen. Viele Firmen haben bereits ihren obereschlesischen Firmen erklärt, wegen der großen Unsicherheit nicht mehr nach Obereschlesien liefern zu können. Dabei sind die Geschäftsleute, besonders die der Lebensmittel- und Gewerbetreibende so gut wie ausverkauft, da seit Dienstag ein bisher noch nicht dagewesener Käufersturm einsetzte. Die Preise sind sprunghaft gestiegen. Jeder hat wieder eine regelrechte Flucht der Deutschen aus den Industriegebieten eingeleitet. Ja, man kann sogar hören von einer Flucht aus Obereschlesien reden. Die nach dem Reich fahrendenzüge sind überfüllt. Die Bahnhöfen können die Arbeit nicht mehr bewältigen. Sparkassen und Banken haben einen unerhörten Ansturm Standquartieren. Von Haus zu Haus, von Geschäft zu Geschäft ziehen polnische Schieber und bieten polnische Talanten an. Wer seinem Obereschlesier fällt es ein, diese nur allzu bald wieder stützende Währung in Kauf zu nehmen. In Obereschlesien glaubt man noch immer, daß es bei der Genfer Entscheidung nicht sein Bedenken haben wird. Heute früh sind mehrere Arbeiterabteilungen der größten Hütten und Gruben nach Appeln abgereist, um bei der internationalen Kommission nachmals Vorstellungen zu erheben. Der polnisch-gemalte Teil der Bevölkerung ist aufstand, verunsichert. Die Befehlshaber haben, um evtl. Unruhen vorzubeugen, erhöhte Alarmbereitschaft der Wachposten anbestellt. Patrouillen passieren ständig die Straßen der einzelnen Städte, überall finden genaue Revisionen der Legitimationsarten und Ausweise statt. In Katowitz erfolgte die Ausweisung von ungesüßlichen Angehörigen deutscher Selbstbestimmungen. Polnische Formationen ziehen, zum Polnisch bereit, Gewehr bei Fuß an der Grenze. In den Grenzorten schütren die Putschgerüchte von Mund zu Mund. Die deutsch-gemalte Bevölkerung flücht in Scharen nach dem inneren Obereschlesien. In Wagnitz, Pleß, Rohnitz-Stadt und Rand werden bereits polnische Truppen.

Der sächsische Ministerpräsident über Obereschlesien.

In einer sozialdemokratischen Massensammlung hielt Ministerpräsident Büd eine Rede über „Gegenwartsfragen“, in der er über die obereschlesische Frage etwa folgendes aussprach:

Es droht die Gefahr, daß wir große Teile des Landes trotz der uns gemachten Versprechungen und trotz der Zustimmung einbüßen. Das bedeutet eine Katastrophe für uns. Wir können so große Teile unserer Steinkohlenförderung, unserer Erzeugung an Zinn, Blei und anderen Hüttenprodukten, an Stahl, Zement und Holz nicht entbehren. In Obereschlesien finden lebenswichtige Quellen unserer Kraft, die nimmermehr zu einem großen Teile für die deutsche Volkswirtschaft verloren gehen sollen, weil die Entente es so will. Wird der uns drohende Spruch Wahrheit, dann können die Angelegenheit sein, daß wir noch weit vom Tiefpunkte unseres Glanzes entfernt sind. Da bisher in unserem Lande wegen seiner Vertagung keine Möglichkeit war, dies öffentlich auszusprechen, wollte ich meiner Meinung als Sozialdemokrat und Ministerpräsident in dieser Volksversammlung Ausdruck geben, vor allem, weil gerade das sächsische Volk an die Möglichkeit bezogen werden würde, wenn die obereschlesische Erzeugung uns fernerhin nicht unbedenklich zu Gunsten kommen sollte.

### Aufruf an die akademische Jugend.

Der Vorstand der Deutschen Studentenschaft erläßt folgenden Aufruf an die akademische Jugend aller Länder: Eindeutig haben unsere Brüder in Deutschland durch die Zustimmung ihren Willen ausgesprochen, und damit nach Recht und Gesetz vor der ganzen Welt den höchsten Oberbegriff des deutschen Volkes zu sein. Der Aufruf an die akademische Jugend aller Länder. Sie ruft sie zu: Wie lange noch sollen Wissenschaft und Recht verweigert werden? Wann endlich wird das Recht empfinden der ganzen Welt sich aufzumachen gegen die Ungeheuerlichkeit. Nicht um Hilfe, nicht um Gnade geht unser Ruf! Wir fordern uns eine Gerechtigkeit!

### Die Washingtoner Konferenz.

„Daily Chronicle“ schreibt in einem Leitartikel, das große Ziel der Washingtoner Konferenz ist die Renneuerung des Friedens und der Verbindungen, die es den Vereinigten Staaten ermöglicht, ihr gesamtes Gewicht zugunsten einer Regelung der Welt von den Verhandlungen des Krieges in die Vergangenheit zu werfen. Die Verbindung des Krieges mit Japan, die Herabsetzung der Rüstungen, die Neutralisierung des Stillen Ozeans und die Lösung der Probleme der internationalen Beziehungen sind die Hauptaufgaben sowie das Wiederherstellen des Handels unter allen Seiten dieser einen Frage. Großbritannien, als eine Nation, die noch mehr als die Vereinigten Staaten, von ihrem Außenhandel abhängt, habe besonderes Interesse am Frieden und an einer Herabsetzung der Steuern, sowie an den Rüstungsfragen. „Daily Chronicle“ schließt die Leitnote, daß Lord George trotz der vielen inländischen Probleme nach Amerika geht, ist der Übergang des Gewinns, daß England es mit den Problemen, die Präsident Harding aufgeworfen, ernst meint.

Der „New York Herald“ erzählt aus Washington, daß J. A. Harding dem Plane des Kongresses, eine Kommission zur Einleitung von Verhandlungen mit den Alliierten über die Rückzahlung von Anleihen zu bilden, zugestimmt bereit ist. Die Kommission sollte sich von folgenden Regeln leiten lassen:

- 1. diese für die Sicherheiten einer Regierung nicht für die Schuldner einer anderen in Zahlung nehmen.
  - 2. diese für keine Anleihen oder Zinsen erlassen.
  - 3. der niedrigste Zinssatz sollte durch einen Gesetzentwurf über die Rückzahlung der ausländischen Schulden festgelegt werden.
- Die Punkte 2 und 3 seien vom Präsidenten noch nicht angenommen, doch werde keiner von beiden ein für die Annahme des Entwurfs unüberwindliches Hindernis bilden.

Die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten nahm einen vom Senator Lodge eingebrachten Gesetzentwurf an, der die Konventionen ausführt für die Revolutionäre in solchen Ländern verbotet, in denen die Vereinigten Staaten territoriale Rechte besitzen.

### Amerika soll im Schantungstreit vermitteln.

Nach einer erwarteten Meldung aus Washington hat sich Japan an die Vereinigten Staaten mit dem Ersuchen gewandt, in dem Schantungstreit zwischen Japan und China zu vermitteln.

### Minister Dr. Hermes über die Kartoffeln.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wurde seitens der Vertreter des allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in einer Besprechung mit dem Minister Dr. Hermes lebhafteste Klage über die augenblickliche Lage der Kartoffelerzeugung geäußert. Dr. Hermes wurde damit begründet, daß die Kartoffeln nur schwach an den Markt, insbesondere für die Bevölkerung die Möglichkeit genommen, sich ausreichend für den Winter mit Kartoffeln zu versorgen. Besonders beunruhigend wirkten die hohen Preise, die ein Eingreifen der Regierung gegen wucherische Ausbeutung der Konsumenten notwendig machten.

Darauf wies der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft in längeren Ausführungen hin, daß die Kartoffelfrage im wesentlichen eine Transportfrage ist. Die Wagenstellung für Kartoffeln war infolge verschiedener unglücklicher Momente, insbesondere infolge der Unmöglichkeit, die Wasserstraßen zu benutzen, im September nicht ausreichend. Durch die dadurch bedingte Knappheit stiegen die Preise sprunghaft in die Höhe. Es müsse anerkannt werden, daß die Zahl der gestellten Wagen in der letzten Zeit in erheblicher Weise gesunken sei und zurzeit täglich etwa 6500 betrage. Diese Zahl entspreche derjenigen des Vorjahres. Durch weitere energische Maßnahmen hoffe er, daß noch weiter eine Besserung erzielt werde. Die augenblickliche Preisgestaltung beduene er im Interesse der Konsumenten lebhafte. Von einer generellen Herabsetzung von Höchst- und Richtpreisen verziehe er sich mit Rücksicht auf die Verantwortlichkeit der Ernte in den einzelnen Teilen Deutschlands und mit Rücksicht auf die bisher gemachten Erfahrungen setzten keinen wesentlichen Erfolg, sondern viel eher einen Schaden für die Konsumenten. Die Erfahrungen setzten, daß nach Festlegung von Höchstpreisen die Ware vom Markt verdrängt und sich der weite Handel zum Geschäft zurückziehe. In seiner Stelle übernehme der Schieberhandel das Geschäft und das Publikum werde genötigt, sich schließlich zu erheblich teureren Preisen für Kartoffeln zu verlegen, als vor der Festlegung der Höchstpreise. Wenn man diese Verhältnisse in härterer Umlage als bisher Verbraucher und Erzeuger in Verbindung zu bringen, um eine unmittelbare Befreiung der Konsumenten herbeizuführen. Zu diesem Zwecke habe er es für wünschenswert, daß sich die großen Konsumentenverbände mit den maßgebenden landwirtschaftlichen Verbänden in Verbindung setzen und unter Festlegung der dringlichen verbindlichen Regelung tragenden Preisvertragsverträge abließen.

Nach dieser Richtung hin seien bereits Verhandlungen in seinem Ministerium eingeleitet. Er sei jedoch bereit, nochmals der Landwirtschaft den Abschluß solcher Preisvertragsverträge zu empfehlen.

### Dr. Hector über die Frankensage.

Saarbrücken, 15. Oktober. (Eigene Drahtung.) Das saarländische Mitglied der Regierungskommission, Dr. Hector, erläßt eine öffentliche Erklärung, wonach er „mit dem Herrn Präsidenten und den übrigen Mitgliedern der Regierungskommission der Überzeugung ist, daß die Einführung des Frankens nicht aufzuhalten ist, da nach drei Jahren auf Grund des Friedensvertrages das Saargebiet zum französischen Wirtschaftsgebiet gehören wird.“

### Abschlußprüfungen an höheren Privatschulen

Von amtlicher deutscher Seite wird uns geschrieben: Der Reichsverband freier Höherer Knabenschulen und Vorbereitungsanstalten hält als Maßstab des Besuchs der ihn angegliederten privaten Anstalten sog. Verbandsprüfungen ab. Diese Prüfungen und die darüber ausgefertigten Verbandszeugnisse sind, wie der Reichsverband selbst, eine durchaus private Einrichtung, die nicht den Anspruch auf irgendwelche Berechtigung gewährt. Insbesondere werden sie als Ersatz für die früheren Prüfungen und Zeugnisse, die die wissenschaftliche Befähigung für den einjährig-freiwilligen Militärdienst ausprechen, nicht anerkannt.

### Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern.

Mit dem gestrigen Tage wurde der bayerische Ausnahmezustand, der dem Kriegszustand gefolgt war, aufgehoben. Die verantwortlichen Träger des Ausnahmezustandes, die Staatskommissare, haben damit ihre Tätigkeit beendet.

### 6 Millionen für Oppau.

Der Hauptauschuß des Landtages genehmigte den Betrag von 6 Millionen zur Unterstützung der Opfer von Oppau.

### Aus Oesterreich.

Gestern Abend erneuerten sich die Kundgebungen in Arbeiterbezirk Wiens. Den Blättern zufolge wurde in Wiener Neustadt der pensionierte österreichische Oberst Holly unter dem Verdict der Spionage zugunsten Ungarns und wegen monarchistischer Propaganda verhaftet. Gestern nach es wieder ein Geschieß an der ungarisch-österreichischen Grenze. Ein ungarischer Angriff auf die Burgenland-Grenzbahn wurde zurückgeschlagen. Bei Neufeld wurde ein zweistündiger Waffenstillstand und zwecks Abtransportes einiger deutsch-österreichischer Familien geschlossen.

### Deutsches Reich.

#### Wiese der deutschen Gräber in England.

Wie die Blätter melden, ergreift der britische Arbeitsminister Maßnahmen, damit die Gräber der in England verstorbenen deutschen Gefangenen gut instandgehalten werden.

Das Bestehen des früheren Königs Ludwig hat sich nach in München eingetroffenen Nachrichten bedenklich verschlimmert.

Der Deutsche Bankbeamtenverein teilt mit: Das Abkommen vom 10. Oktober über die Zahlung einer Sondersteuerbeiträge und die Erhöhung der Lebensversicherungsbeiträge wurde von den Bankangestellten-Organisationen und dem Reichsverband der Bankleistungen angenommen. Die Zahlung der fälligen Sätze erfolgt umgehend.

Vorzugung der rheinischen Industrie beim Wiederaufbau? Die französische Behörde in Wiesbaden übergibt der Presse heute folgende Mitteilung: Schon zu Beginn der Verhandlungen in Wiesbaden über die Sachleistungen zwischen Frankreich und Deutschland hat Minister Loucheur Herrn Rathenau den Wunsch ausgedrückt, daß an den Auslieferungen der Bestellungen ein großer und gerechter Teil der rheinischen Industrie zukommen soll. Beim Unterzeichnen hat Minister Loucheur diesen Ausdruck besonders wiederholt und Minister Rathenau hat erklärt, daß er dem Wunsche des französischen Ministers entsprechen wolle.

### Halle und Umgebung.

Halle, den 16. Oktober 1921.

#### Verammlung der leitenden Angestellten.

Die „Beia“, d. h. die Vereinigung der leitenden Angestellten in Handel und Industrie E. V., Ortsgruppe Halle a. S., mit den angeschlossenen Verbänden „Vereinigung von Oberbeamten im Bankgewerbe“ und „Verband oberer Beamtentümer“ hatte zum Freitagabend zu einer Versammlung in den roten Saal des „Stadthausgärtchen“ eingeladen. Sie war gut besucht und wurde vom Vorsitzenden, Herrn Obergärtner Werner mit der Nachricht eröffnet, daß der in Aussicht genommene Rechner, Herr Seitz aus Stuttgart, infolge unabweisbarer Berufung nach München nicht habe kommen können, so daß an seiner Stelle Herr Dr. Wiffelmann aus Berlin über „Die Beia und ihre Arbeit“ sprechen würde. Beifall begrüßt, betonte darauf Herr Dr. Wiffelmann in ausgiebiger Rede das folgende: „Die „Beia-Bewegung“ steht im Gegensatz zur „Arbeitsbewegung“, denn, wenn letztere alle Hand- und Kopfarbeiter zusammenfassen will, zum großen Klassenkampf gegen das Kapital, so muß die „Beia“ demgegenüber hervortreten, daß

die gewerkschaftsmäßigsten Kräfte durchaus nicht mit jenen Kopf- oder Handarbeitern in eine Linie zu stellen sind, die nur das von den leitenden Angestellten Erfolome auszuführen. Gegen das die leitenden Angestellten stets einen Zehner Personalität in ihre Arbeit, haben sie doch noch Berufsethos und Lehnen die „Medanisierung der Arbeit“ ab. Allerdings dürfen die leitenden Angestellten künftig nicht mehr abseits von den allgemeinen großen Forderungen stehen, sondern sie müssen in die politischen Parteien hinein, denen es so an vorkühnen Zweckmäßigkeiten nicht fehlt. Dabei versteht es sich von selbst, daß die leitenden Angestellten als Produkte der herrschenden Wirtschaftslage notwendige Gegner der sozialistischen Ideen sind. Umso energischer müssen sie sich heute regen, wo nichts weniger als

9 neue Arbeitszeile in der Ausarbeitung stehen, deren Durchführung ein Heer von 140 000 neuen Beamten und 4 Milliarden Mark Anleihen bedürftig.

Unter die neuen Arbeitszeile fallen auch die leitenden Angestellten. Und hier gilt es nachdrücklich sein gegen die Zustimmung z. B. der Benützung des öffentlichen Arbeitsnachweises sowie gegen die allgütigen Leistungen der Anstellungsvermittlung trotz der hohen Beiträge.

Die Kontrahenzplan und der Erfinderschutz bedürfen ebenfalls volle Aufmerksamkeit, nachdem für Erstklassig vorerbt die Einigung 5 am 1. er mit partieller Herabsetzung des Arbeitslohn und Arbeitsverhältnissen durch Sonderabkommen der „Beia“ mit den Arbeitgeberverbänden erzielt worden sind. Wenn sich die leitenden Angestellten mit Rücksicht auf den „Friedensvertrag“ auch einverstanden wollten, so müssen sie doch der wirtschaftlichen Not entgegen sein und sprechen sich so möglich begabt werden, daß sie seit mit Heide auf die 36 000 Mark bis 50 000 Mark Jahresgehalt mindern, die von der Berliner Konventionskommission an ihre Angestellten glatt begahlt werden. Ein bestimmtes hohes Niveau muß doch auch für die leitenden Angestellten eingehalten werden; sonst ist es schwer zu qualifizierter Arbeit! Dieses Niveau suchen sie mit Anstand durch Verhandlungen, nicht durch Streit zu erzielen.

Zu der Tat hat die „Beia“ schon manchen großen Erfolg zu buchen: eine feilsche Klärung z. B. wurde in ein 6 monatliche verwandelt, ein Vorkontingent mit über die Dienstverträge hinaus verhängt, auch in Gehaltsfragen ist gewisse Erleichterung auf die Arbeitgeber erreicht. Hier bleibt indessen noch viel zu tun; denn die Lauerung beträgt 20 — 22 Tage der Preispreis! Deshalb hinein in die „Beia“ — nur der Zusammenhalt macht Einhalt.“

Starker Beifall dankte dem Redner und die Diskussion ergab die allgemeine Zustimmung der Versammlung zu seinen Darlegungen. Es fanden durch Herrn Wetz Verteilungen über das seiner Aufzählung nach augenblicklich bilatorische Verhalten der Arbeitgeber in Gehaltsfragen noch eine Beifalligung.

### Der Bezirksverein Nord der Deutschen demokratischen Partei

Die Sitzung im Zoologischen Garten seine erste Versammlung nach der Sommerpause ab, die gut besucht war. Der Vorsitzende, Student Stadtvorordneter Heß, eröffnete Bericht über die Sitzung des halleischen Gesamtkreisverbandes der Partei am 2. Sept. d. J. und forderte die Erstgenannten auf, dahin zu wirken, daß zur Stärkung der finanziellen Lage der Partei jedes Mitglied einen Extrabeitrag in Höhe des Mitgliedsbeitrages an den Schatzmeister der Ortsgruppe oder an das Parteikontrollat abführt, da jede Ortsgruppe der Gesamtpartei gegenüber große finanzielle Verpflichtungen hat. Ferner ging er auf den Fall des Stadtrats Franz-Johannsen und des Landrats Gerede in Torgau ein und erweiterte dann bei der Lage Deutschlands und der hierdurch hervorgerufenen Krise.

Weiterhin befaßte der Vorsitzende kommunale Angelegenheiten und wies schließlich auf den bevorstehenden Landesparteitag der Deutschen demokratischen Partei in Halle hin, zu dem er alle Mitglieder einlud. In seine Darlegungen schloß sich eine lebhafteste Ausrede der Redner. Es wurde beschlossen, künftig an jedem zweiten Dienstag im Monat zusammenzukommen. Bei jeder Zusammenkunft soll nach Möglichkeit eines der Mitglieder ein kurzes Referat übernehmen, über das dann diskutiert werden soll.

Die Versammlung bestimmte ferner die Mitglieder, die als Delegierte des Bezirksvereins Nord an dem Landesparteitag teilnehmen sollen und nahm schließlich angelehnt des halleischen Kartellwuchers, auf den auch in der letzten Sitzung der halleischen Stadtvorordnetenversammlung hingewiesen worden war, einstimmig folgende Resolution an:

Der Demokratische Verein Halle-Nord steht mit Entschiedenheit auf der Forderung der Kartellwucherer. Er fordert von der Regierung schärfste Unterdrückung jedes Kartellwuchers und von der Kommune Maßnahmen zur Verjüngung der Bevölkerung. Er erwartet, daß sich die hiesige Landwirtschaft ebenso ihrer Verpflichtung gegen die Gesamtheit bewußt ist wie in anderen Gegenden.

### Sozialer Kongress.

Eine bedeutsame Tagung des Evangelisch-sozialen Kongresses fand in Erfurt statt, die eine neue Arbeitsperiode dieser Organisation einleitete. Geh. Oberkonsistorialrat D. Mahlmes legte zuerst den Sinn des Kongresses dar, der ohne politisches und wirtschaftliches

**Ihr Gatte schmunzelt,**  
wenn Sie ihm den Kaffee wieder mit Weber's  
Carlsbader Kaffeegewürz

zubereiten.  
Das köstliche Aroma und der schöne goldbraune Ton des Getränkes sind ihm noch in Erinnerung.  
Die alte, bewährte Würfelpackung ist wieder überall zu haben.

**Weber's** Ausstellung  
Halle's, Alter Markt 1 u. 2  
Albert Marfick Nachf.  
200 Zimmer einfacher u. reicher Art preiswert.

**Programm eine Pfanzhütte sozialer Gesinnung** und sozialer Verständnisses sein sollte eine Pflicht der Pfanzhütte des sozialen und wirtschaftlichen Lebens an den einzigen Forderungen der Seele und des Jesusgeistes, eine immer fortbauende fröhliche Wahrung an die Kirche, eine soziale Volkskirche zu werden. Begründungen seitens der Stadt Erfurt, des Regierungspräsidenten der Provinz Thüringen folgten. Auch Konfirmandenpräsidenten der Provinz Thüringen folgten. Auch Konfirmandenpräsidenten der Provinz Thüringen folgten. Auch Konfirmandenpräsidenten der Provinz Thüringen folgten.

Er stellte es als heilige Aufgabe der Kirche hin, den Kampf gegen die Sünde in allen Parteien zu führen und eine gründliche Entgiftung von Lüge und Verheerung zu verlangen. Schonungslos müsse sie die Hemmnisse für den Einzug des Evangeliums in die Volkseele bekämpfen, wie die Entseelung der Arbeit, das die Einerei der Fabrikarbeit, die Loslösung von der Natur, die Mietskammer, den Bodenwucher, den Mißbrauch der Religion zu politischen Zwecken. Gegenüber allen einseitigen Inbesitznahme der christlichen Religion durch Nationalismus und antipolitische neuerdings auch durch Sozialismus gelte es, das Allverbindende der christlichen Brüderlichkeit zur Geltung zu bringen. Die berufsmäßigen Leiter der Kirche sollten wahrhaft volkshygiologisch und sozialhygienisch erzogen werden.

Der Korrespondent Fabrikant Menzath-Jericho ergänzte den Vortrag durch eine Anfrage, daß die Kirche viel zu politisch sei und dadurch keine Vertrauenskräfte für das ganze Volk werden könne. Die kirchliche Presse müsse aus strengem entpolitisiert werden, die politischen Wochenberichte aus allen Sonntagsblättern verschwinden. Durch Umwälzen und ungehinderte Mitarbeit der gesamten Kirchenwelt aller Stände müsse die Volkskirche von unten heraus sich erheben.

Aus der interessantesten Aussprache ist u. a. hervorzuheben, wie Herr Liebknecht-Leipzig kritisch betonte, daß das Christentum seinen eigenen Gesetzen folge, von einer Sozialpolitik gänzlich getrennt werden könne; die christliche Ethik müsse nach dem Erwerblichen der Menschen verbinden, Behauptungen, die starken Widerspruch fanden. Professor Baumgarten-Kiel rief den fest häufigen Mißbrauch mit dem Worte „Volkskirche“ nur vor wirklich volkshygiologisch denke, könne die Volkskirche bauen. Seine Forderung für die Mitarbeit aller, auch der sozialistischen Kreise! Er verlangte das Volk! Pastor B. Broder-Galle betonte, daß die Kirche fest ganz besonders eine Heimstätte weiter Menschlichkeit sein müsse, von der es heiße, daß sie „alle menschlichen Bedenken heile“. Die politische Neutralität der Kirche müsse sich im Anhangungsinterdikt der politischen Neutralität des Pfarrers zeigen, der in der Zeit der Freiheit des Volkstums ein Mittelpunkt sein müsse. Ueber diese Frage wurde lebhaft gestritten. Der Kongreß veranlaßte keine Mitglieder und Freunde nach zu einer energischen Verammlung, wo die Organisation einer neuen und tätigen Zeit des Evangelisch-sozialen Kongresses beraten wurde. Ein Gottesdienst von Herr Herz-Leipzig in der Pfarrkirche bildete den Schluß der Tagung.

**Berein der Deutschen demokratischen Partei für Halle und den Saalkreis.** Am Dienstag, den 18. Oktober, abends 8½ Uhr findet im Schulhaus-Ausgang, Merseburgerstraße 10, eine Sitzung des Bezirksrates statt. Tagesordnung: 1. Die Vertrauensmänner. 2. Bericht über die Tagung des Reichsbundes demokratischer Jugend in Jena. 3. Wahl der stimmberechtigten Vertreter für den Bezirksparlament. 4. Anträge. 5. Organisation der Vertrauensmänner. 6. Berichtendes.

Zu einer energischen Auseinandersetzung kam es auf dem gestrigen Markt zwischen einer Apfelstube und einem Bierkäufer, der seinen Schimmel aus Werfen neben den Apfelstörben der hiesigen Händlerin stehen ließ. Der Schimmel

benutzte die Brüllstülpstube seines Herrn und der Apfelstube dazu, eine große Anzahl rauhhaariger Apfel seinem Herrn-magen als angenehme Mundspeise seiner kostlichen Zubereitung einzuerleiten. Darob großes Hallo und Korwätze gegen den leichtfertigen Kassekäufer, die hier eben vollstän-dig erwiderte.

Die goldene Hochzeit feiert am Montag, den 17. Oktober, Herr Entleimerei Louis Taub und Frau im Hofplatz. Zu gleicher Zeit begeht die Tochter die silberne Hochzeit.

### Provinzial-Nachrichten.

**Closter, 14. Okt.** (Die neuen Tarifverhandlungen im Mansfelder Bergbau.) Die Ober-Berg- und Hütten-Direktion teilt mit: Nach dem Schiedspruch des Schlichtungs-ausschusses in Halle vom 5. d. M. erhalten ab 1. September alle männlichen Arbeiter über 21 Jahren eine Zulage von 4,75 Mark je Schicht. Für die jüngeren männlichen Arbeiter sowie die Arbeiterinnen ist eine Zulage vorgesehen, die entsprechend dem Lebensalter und den bisher verdienten Löhnen je nachdem etwa 4 bis 9 Schachtel der obigen Zulage beträgt. Ferner werden Haus-halts- und Kinderzuschlag vom 1. September ab um je 1 Mark je Schicht, d. h. auf 4 Mark beim 2,50 Mark erhöht. Die von der Gewerkschaft schon freiwillig ab 1. September gewährten Zulagen werden auf den von dem Schiedspruch vorgezeichneten Zulagen angesetzt. Beide Parteien haben den Schieds-pruch auch angenommen, der insoweit nennbar aus-geführt wird.

**Nordhausen, 14. Oktober.** (Zur Unternehmung notleidender Rentner) beschloß die Stadtratskommission-Verammlung ein Hilfswort auszusprechen, und zwar wurde ein Zuschuß, bestehend aus drei Wohlfahrtsmitgliedern, fünf Stadt-ratsmitgliedern und einem Mitgliede des Rentnervereins, gewählt. Dem Zuschuß sollen zunächst 30 000 Mark zur Verfügung gestellt werden.

**Stahlfurt, 15. Okt.** (Der Stahlfurter Putzprozeß) gelangt am 16. November und an den folgenden Tagen vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts in Weimar zur Verhandlung. Es sind 24 Personen angeklagt und 50 Zeugen geladen.

**Leuburg, 15. Oktober.** (Ein Kammerjäger) hatte hier beim Schälen eines Wildes Vergiftungsmittel gegen Ratten und Mäuse auf dessen Gehört ausgelegt. Die Wirkung war über-rauschend: Das Geflügel haben die Jäger gefressen und sind freibiet. Aus der Wirt auf den Hof kam, sah er die Vögel die toten Fühner freifen. — föhentlich sterben sie wenigstens daran.

### Handel, Gewerbe und Verkehr.

#### Der Rheinisch-Westfälische Kuxenmarkt.

Mitteltel von der Bankfirma Schwab, Neffe u. Co.

**Essen, 14. Oktober.** Das Geschäft hat an den hiesigen Börsen im Laufe der letzten Wochen noch an Umfang zugenommen. Abgesehen von einigen Schwankungen blieb die Grundstimmung auf allen Märkten fest, da es nicht an Anträgen fehlte und das Publikum mit be-messenswerter Fähigkeit seinen Besitz an Effekten schätzte. In-solange nicht das dem Markt zur Verfügung stehende Material äußerst gering und höhere Nachfragen können nur zu steigenden Preisen erfolgt werden.

Auf dem Rohölmarkt fanden schwere und einige mittlere Werte im Vordergrund des Interesses. Infolge lebhafter Käufe sogen die Konstantin d. Gr. König Ludwig, Graf Bismarck wesentlich an, doch vermochten sich die Höchstpreise nicht zu behaupten. Durch die allgemeine Unruhe bei verunsicherten Vermögensstellungen drückten auf die Kurse, so daß Einbußen von 20-30 000 Mark eintraten. Neues Geschäft entwickelte sich nur Mittelwerten in Johann Deimelsberg, Heinrich, Carlote, Gotesleben, Admiral und Blauenburg; für diese Parire hielt das Interesse bis zum Berichtschluß an. Dagegen ließ das Interesse für die alte Bauge, Franke, Hermann I-III, Weitalen, Glindenschen wieder wesentlich nach, so daß diese Werte sich Kurs-schwäche stellen lassen mußten. Unsicherheitswerte, die vor-übergehend ebenfalls stark gestiegen waren, lagen zum Schluß schwach. Getraide blieben Carl Friedrich.

Für Braunkohlenwerte ließ das Interesse erheblich nach. Braunkohl-Rieschen blieben von ihrem Höchstpreis wieder 10 000 Mark ein. Vorkaragen wurden in größeren Posten gekauft und erreichten vorübergehend einen Kurs von ca. 7 100 Mark, blieben aber später auch billiger erhältlich. Vorkaragen geholt auf die in der letzten Verammlung bewilligte Zubehö ca. 2000 Mark nach.

Sehr lebhaft gehalten sich das Geschäft in Kalkwaren. Die Preise ließen in der Kalkindustrie ebenfalls übermüdet zu sein. An- und Auslandsnachfrage sind z. B. befriedigend; die erzielten Preise lassen gute Erträge erwarten. Namentlich die Nachfrage über den einseitig erfolgten Absatz mit Ame-rica wirkt anregend, und man ist auch geneigt anzunehmen, daß unter dem Einfluß der demnächst zu erwartenden Kalkseh-nen die größere Zulieferung erfolgen werden, die dem Markt neue Anreize bringen. Von äußeren Werten seien Winterholl, Glinauf-Sondershausen, Burbach, Delligenroda, Alexanderholl, Wilhelmsholl, Beramannslegen um. Ihre Auf-wärtsbewegung mit kurzen Unterbrechungen vor, und es wurden schließlich erreicht und behauptet. Auf Mittel- und leichte Werte sind mit geringen Ausnahmen ebenfalls gestiegen. Als verhältnismäßig zurückgefallen erwidert: wie alle Braunkoh-len, Albrecht, Friedrichsroda, Gebra, Berlingen, Reulsholl, Siegfried I u. m.

Kalkwaren waren längere Zeit vernachlässigt. Erst in den letzten Tagen begann man sich auf diese Werte. Besonders wurden Sonnenberg, Eildorfer, Sigmundsholl, Goldschmidt zu steigenden Preisen aus dem Markt genommen. Als zurückge-ben sind besonders Adler und Krügerholl zu erwähnen.

Das Geschäft in Erzwaren beschränkte sich in der Hauptsache auf einige Umsätze in Wiesenbach, die zu steigenden Preisen aus dem Markt genommen wurden.

Die Braunschweiger Brunnen-Gummiwerke. Inhaber Richard Gogemann, sind mit einem Aktienkapital von 8 Mil-lionen Mark in eine Aktien-Gesellschaft umgewandelt worden. Die Gesellschaft verfügt zurzeit über einen Auftragsbestand von über 40 Millionen Mark.

**Wagengestellung.** Im Eisenbahndirektionsbezirk Halle-Saale (einschließlich der anschließenden Privatbahnen) wurden am 14. d. M. für Kohlen, Koks, Bricketts und Holz-transporte 5004 Wagen zu 10 T., nicht gestellt 4158 Wagen zu 10 T.

(Wiederholt, da nur in einem Teile der Auflage.)

#### Produktenbericht.

**Berlin, 15. Oktober.** (Telegramm.) Die heutige Devisen-börse wirkte auf den Verkehr am Produktmarkt außer-ordentlich lebend, da frühere Angebots- und Preisforderungen zurück-gegeben wurden und die Preisforderungen des Inlandes große Unregelmäßigkeiten zeigten. Für Weizen bestand bei ruhigem Nachfrage nur geringe Nachfrage. Die Roggenpreise des Inlandes waren wesentlich gestiegen, weil die Stauffen für Umlage weiter anhält. Gerste blieb sehr fest und wurde teurer bezahlt. Auch Hafer erzielte bei knappem Angebot bessere Preise. Auf Mais wirkte die Devisensteigerung ein, indem die Preise anstiegen. Das Geschäft ließ sich aber in engen Grenzen. Rote war nur in Weizen- und guten Roggenflecken begehrt. Desfaaten blieben fest. Gute Vitoria- und Speiseerbsen waren dringend gefragt. Kapselröhren hatten großes Geschäft bei fester Tendenz.

#### Milchische Produktnotierungen.

**Berlin, 15. Okt.** (Telegramm.) Weizen mähtiger 241-244, feigend. Roggen mähtiger 193-195, sehr fest. Wintergerste 226-235. Sommergerste 265-285, sehr fest. Hafer mähtiger 202-209, sehr fest. Mais an Markt 111-112, feigend. Weizenmehl 655-680, sehr fest. Roggenmehl 440-530, fest. Weizenmehl 130-135, fest. Roggenmehl 132-135, fest. Raps 415-425, fest. Rübchen 5 Mk unter Rapspreis. Vitoriaerbsen 325-340, kleine Speiseerbsen 225-250, Futtererbsen 185-220. Weizenklein 205-220. Rapsrüben 225-225. Lupinen, blaue 115-120, gelbe 120-130. Rapsrüben 143-155. Leinölchen 225-240. Troden-schnitzel prompt 128-132.

#### Rauhfutterpreise.

**Berlin, 15. Oktober.** (Telegramm.) Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 26-27, Drahtstroh do. 28-31, gelbbündeltes Stroh 21-23, do. Langstroh 23-26, Weizen-hen gut, gelund und trocken Vormahl 71-78, Nachmahl 66 bis 71, gelund und trocken 57-62, Kleebau 90-100.

#### Kein schmerzhaftes Rasieren mehr!

Die neue haarverwechende Rasierseife LEOSIRA ermöglicht auch bei sprödem Barthaar u. empfindlicher Haut ein leichtes, angenehmes Rasieren. Ihren überaus hohen Brennen der Haut nach dem Rasieren, schmerzhaften Schammahl, Irritation im Gesicht, verhindern. Preis 3 Mk. Die Seife ist bekanntlich überaus preiswert. Sie ist auch bei Leosira-Rasierseife. Genell. durch Laboratorium LEO, Dresden-N. 6.

Wir eröffnen

**Mittwoch, den 19. Oktober 1921**

in Halle an der Saale - - - Grosse Ulrichstrasse 12

ein erstes Spezialgeschäft für

**Herren- und Damen-Stoffel**

Sie sparen viel Geld, wenn Sie Ihre Einkäufe bei uns machen!



**Mitteldeutsche Textil-Gesellschaft m. b. H.**  
Grosse Ulrichstrasse 12.

